

## **Information zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der Deutschen Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland gemäß Art. 13, 14 Europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)**

Ab 25.05.2018 gilt unmittelbar die europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). In diesem Zusammenhang sind besondere Informationspflichten zu berücksichtigen (Art. 13, 14 DSGVO i.V.m. §§ 82,82a Sozialgesetzbuch – SGB – X).

Wir informieren Sie hiermit über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

### **Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?**

Verantwortliche Stelle ist die

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV)  
Glinkastr. 40  
10117 Berlin

Tel.: +49 30 13001-6130  
Fax: +49 30 13001-6132  
E-Mail: [info@dguv.de](mailto:info@dguv.de)

Innerhalb der DGUV ist folgende Organisationseinheit zuständig:

Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V.  
Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland (DVUA)  
Postfach 4 01 65  
10061 Berlin

E-Mail: [dvua@dguv.de](mailto:dvua@dguv.de)

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter [datenschutzbeauftragter@dguv.de](mailto:datenschutzbeauftragter@dguv.de) oder über die oben angegebenen Kontaktdaten.

### **Was ist der Zweck der Verarbeitung?**

Nach § 139a Abs. 1 Nr. 1 SGB VII nimmt die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. die Aufgaben der Deutschen Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland (im Folgenden: Verbindungsstelle) wahr.

Die Verbindungsstelle ist im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung verpflichtet, die erforderlichen Daten zu erheben und zu verarbeiten. Die Daten sind erforderlich, um zu klären, wo Sie versichert sind und die nach dem Eintritt eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit erforderlichen Leistungen zu erbringen.

Eine Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt durch uns nur, soweit dies zur Erfüllung dieser Aufgaben erforderlich ist. Eine Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten, die für einen konkreten Zweck erhoben wurden, ist nur zulässig, wenn sie für eine andere Aufgabe zwingend erforderlich sind, die uns gesetzlich zugewiesen wurde oder Sie uns eine Einwilligung erteilen. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn Erstattungsansprüche (Regress) gegen mögliche Schädiger zu prüfen sind.

Eine vollständige Übersicht unserer Aufgaben finden Sie in § 139 a SGB VII. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten insbesondere um:

1. das für Sie anzuwendende Sozialversicherungsrecht und Ihren Versicherungsschutz festzustellen,
2. die Leistungsvoraussetzungen nach dem Recht für die gesetzliche Unfallversicherung zu überprüfen, die erforderlichen Leistungen zu erbringen und die entstandenen Kosten mit dem zuständigen Kostenträger im Ausland abzurechnen,
3. Erstattungs- und Ersatzansprüche in den Fällen geltend zu machen, in denen die Verbindungsstelle in irrtümlicher Annahme eigener Zuständigkeit Leistungen erbracht hat,
4. Verwaltungshilfe bei grenzüberschreitenden Sachverhalten zu koordinieren,
5. Sie persönlich zu informieren, aufzuklären und zu beraten.

### **Auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre Daten erhoben und verarbeitet?**

1. Gesetz (Art. 6 Abs. 1 Buchst. c und e DSGVO i. V. m. § 139a SGB VII, § 77 SGB X, § 6 Abs. 2 SozSichEUG und Art. 1 Buchst. r und Art. 36 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004)

Ihre personenbezogenen Daten unterliegen dem Sozialgeheimnis nach § 35 SGB I.

Das bedeutet, dass wir Ihre personenbezogenen Daten nur im Umfang der gesetzlichen Bestimmungen nach dem SGB verarbeiten. Wir erhalten nur dann Kenntnis von Ihren personenbezogenen Daten, wenn wir diese zur Aufgabenerfüllung benötigen.

Zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben sind wir gesetzlich befugt und verpflichtet, alle für die Beurteilung Ihres Leistungsfall erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben und zu verarbeiten. Gesetzliche Grundlage hierfür sind insbesondere die DSGVO, die SGB VII und X, sowie die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und Verordnung (EG) Nr. 987/2009.

Da wir unsere Aufgabe nur mit vollständigen Daten erfüllen können, haben Sie in diesem Umfang auch eine Mitwirkungspflicht nach § 60 SGB I. Wenn Sie dieser Mitwirkungspflicht nicht nachkommen, kann es sein, dass wir nicht ermitteln können, ob Sie einen Anspruch auf bestimmte Leistungen haben. Dadurch könnten Ihnen Nachteile, bis hin zur Leistungsversagung, entstehen.

Wir werden versuchen die erforderlichen personenbezogenen Daten direkt bei Ihnen zu erheben. Da das nicht immer möglich ist, gibt es gesetzliche Ausnahmen von diesem Direkterhebungsgrundsatz. Die Daten dürfen dann bei anderen Stellen angefordert werden. Dies sind z. B. die behandelnden Ärztinnen oder Ärzte, Ihr Arbeitgeber oder Ihre Arbeitgeberin oder Ihre Krankenversicherung. In diesen Ausnahmefällen haben Sie das Recht über die übermittelten Daten informiert zu werden.

2. Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a und Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DSGVO)

Soweit eine Datenverarbeitung mit Ihrer Einwilligung als sinnvoll erachtet wird, werden wir Ihnen bei der Einholung Ihrer Einwilligung, die Vor- und Nachteile Ihrer freien Entscheidung erläutern.

### **Welche Kategorien personenbezogener Daten werden verarbeitet?**

Relevante personenbezogene Daten bei einem Leistungsfall sind:

- Angaben zur Person (Name, Vorname, Geburtsdatum etc.),
- Kontaktdaten (Anschrift, Telefonnummer, E-Mailadresse etc.),
- Abwicklungsdaten (Aktenzeichen des Ereignisses, Kontoverbindung etc.),
- Angaben zum Leistungsfall (Unfallhergang, Diagnosen, Arztberichte, Gutachten, Vorerkrankungen etc.),

- Regressdaten (Zeugenaussagen, Sachverständige, Angaben von Ermittlungsbehörden, Haftpflichtversicherungen, Schädigende etc.).

### **Wer erhält Kenntnis von Ihren Daten?**

Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten an Stellen außerhalb der Verbindungsstelle nur dann, wenn uns das Gesetz diese Übermittlung erlaubt oder Sie uns eine Einwilligung erteilt haben.

Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten können insbesondere sein:

- Leistungserbringende Stellen (z. B. Ärztinnen und Ärzte, Gutachter und Gutachterinnen, Krankenhäuser, Reha-Zentren, Hilfsmitteldienstleistende, Apotheken),
- Unfallbetrieb oder zuständige Einrichtung (z. B. Arbeitgeberin oder Arbeitgeber, Hochschule, Schule, Kindergarten, Hilfeleistungsunternehmen),
- Andere Leistungsträger (z. B. die zuständigen Sozialversicherungsträger im Ausland für die Erstattung der durch die Verbindungsstelle verauslagten Kosten und ggf. zur Feststellung von Entgeltersatzleistungen),
- Beteiligte im Regressverfahren (z. B. Unfallbeteiligte, Zeuginnen und Zeugen, Haftpflichtversicherungen, Polizei),
- Organe der Rechtspflege und Dienstleister (z. B. Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen, Gerichte, Insolvenzverwaltungen, Geldinstitute),
- Der Spitzenverband der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (z. B. für Statistiken),
- Staatliche Arbeitsschutzbehörden.

### **Werden Ihre Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt?**

Eine Übermittlung an ein Land außerhalb der Europäischen Union bzw. an ein Land ohne angemessenes Datenschutzniveau oder an eine internationale Organisation findet nur im Rahmen und in den Grenzen hierfür einschlägiger Verordnungen über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit oder bilateraler Abkommen über soziale Sicherheit statt.

### **Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?**

Die Daten werden solange gespeichert, wie wir Sie zur Erfüllung unserer gesetzlich zugewiesenen Aufgaben einschließlich Aufbewahrungspflichten benötigen.

Die Speicherdauer hängt von verschiedenen Faktoren ab, z. B.:

- Soweit es sich um Rechnungsdaten oder rechnungsbegründende Unterlagen handelt, ist eine Aufbewahrungspflicht von sechs bzw. zehn Jahren vorgeschrieben.
- Soweit es sich um Unfalldaten oder Angaben im Zusammenhang mit Berufskrankheiten handelt, hängt die Speicherdauer davon ab, wie lange die Daten auch nach Abschluss des Verfahrens erforderlich sein können (z. B. bei Folgebeschwerden).

### **Welche Datenschutzrechte haben Sie?**

Sie haben jederzeit ein Recht auf Auskunft über die personenbezogenen Daten, die Sie betreffen und die wir verarbeiten.

Darüber hinaus haben Sie auch das Recht auf Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Dafür müssen allerdings die Voraussetzungen dieser Vorschriften erfüllt sein.

## **Ihr Widerrufsrecht**

Wie oben beschrieben, beruht die Datenverarbeitung in der gesetzlichen Unfallversicherung grundsätzlich auf einer gesetzlichen Grundlage. In diesen Fällen steht Ihnen kein Widerrufsrecht zu.

Soweit die Datenverarbeitung jedoch mit Ihrer Einwilligung vorgenommen wurde, können Sie Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen. Allerdings gilt der Widerruf Ihrer Einwilligung nur für die Zukunft und nicht für die Vergangenheit. Die bis zu dem Zeitpunkt Ihres Widerrufs vorgenommene Datenverarbeitung bleibt damit rechtmäßig.

Den Widerruf müssen Sie gegenüber der Verbindungsstelle erklären. Sie finden unsere Kontaktdaten auf der ersten Seite dieser Datenschutzhinweise.

## **Ihr Beschwerderecht**

Sollten Sie der Ansicht sein bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in Ihren Rechten verletzt worden zu sein, können Sie sich auch an die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde wenden.

Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI)  
Graurheindorfer Str. 153  
53117 Bonn

Telefon: +49 (0)228 997799-0  
Fax: +49 (0)228 997799-5550  
E-Mail: [poststelle@bfdi.bund.de](mailto:poststelle@bfdi.bund.de)

## **Weitere Informationen**

Haben Sie weitere **Fragen zum Datenschutz**, so können Sie sich jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten oder das Referat Datenschutzrecht der DGUV wenden. Telefonisch erreichen Sie uns unter Tel.: +49 30 13001-0 oder indem Sie uns eine E-Mail an folgende Adresse schicken: [datenschutz@dguv.de](mailto:datenschutz@dguv.de).

Haben Sie weitere **Fragen zu den Aufgaben der Verbindungsstelle oder zu Ihrem Versicherungsfall**, dann wenden Sie sich bitte direkt an die Verbindungsstelle ([dvua@dguv.de](mailto:dvua@dguv.de)).